

EU-CHEMIKALIEN-VERORDNUNG

# Reach wartet auf Coming out

**Manche bezeichnen die EU-Verordnung für chemische Substanzen als weltweit fortschrittlichste ihrer Art. Sicher ist: Sie stellt das in der EU am heftigsten umstrittene Gesetzespaket dar.**

Trotz bester Vorsätze wird es wohl auch unter Luxemburger Präsidentschaft keine Einigung geben. Zweifellos werden jedoch die Diskussionen um die Reach-Verordnung (Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals) in den kommenden sechs Monaten an einen entscheidenden Wendepunkt kommen. Für den Herbst ist die erste Lesung im Europaparlament vorgesehen. "Im Moment würde wohl eine konservative Mehrheit die Verordnung ablehnen", kommentiert Claude Turmes, Luxemburger EU-Abgeordneter von Déi Gréng die aktuelle Stimmungslage in Straßburg.

In der Tat legt die Kommission mit Reach die Latte sehr hoch: Das Gesetzespaket soll in allen EU-Staaten eine neue Politik in Sachen Chemikalien vorschreiben, die sowohl dem Vorsorge- als auch dem Nachhaltigkeitsprinzip Rechnung trägt. Zugleich soll aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie in Europa verbessert werden. Wichtigster Kernpunkt der Direktive: Nicht mehr der Staat, sondern die Unternehmen müssten die Sicherheit beim Umgang mit Chemikalien gewährleisten.

"Eines der fortschrittlichsten Chemikaliengesetze der Welt", jubelte einst Umweltkommissarin Margot Wallström, als die Kommission im Oktober 2003 die Verordnung vorlegte. "Die Reach-Verordnung ist bahnbrechend. Wird sie verabschiedet, erlaubt sie uns, Nutzen aus Chemikalien zu ziehen, ohne uns oder die Umwelt Risiken auszusetzen. So gewinnen alle: die Industrie, die Arbeitnehmer, die Bürger und unser Ökosystem." Auch der damalige Industriekommissar stand hinter der Gesetzesvorlage: Reach sei ein "tragfähiger Kompromiss zwischen Gesundheits- und Umweltschutz ei-



nerseits und Wachstum und Beschäftigung andererseits", so Erkki Liikanens optimistische Prognose.

## Entrée libre für Altstoffe

Zu optimistisch, wie sich schon bald darauf zeigte. Denn die radikale Reform des Umgangs mit chemischen Substanzen löste einen der heftigsten Streits aus, die es jemals um die Neu-Definition einer politischen Richtung in der Europäischen Union gegeben hat. Wie so oft stehen sich auch in diesem Konflikt in erster Linie die Industrie-, sowie die Gesundheits- und Umwelt-Lobbyisten gegenüber. Der Einsatz ist hoch: Mehr als 30.000 neue chemische Substanzen warten in der EU auf eine Bewertung. Doch über die Fragen: Welche Substanzen sind erlaubt? Welche Kontrollen sind erforderlich? Wer führt diese Kontrollen durch? konnte bislang keine Einigung erzielt werden.

Die Gewährleistung der Sicherheit ist eine Pflicht, die sich die europäische Chemie-Industrie nicht gerne aufbür-

den lässt. In aufwendigen Studien ließ der Dachverband der Chemiefabrikanten vermeintlich nachweisen: Die neue Verordnung habe zu hohe Kosten, zu viel Bürokratie und zu wenig Flexibilität zur Folge. Ein solches Regelwerk stehe Innovationen im Weg und führe letztenendes dazu, dass Arbeitsplätze in dem Sektor abgebaut werden müssen.

Vor allem dieses Argument lässt sich allerdings mit Blick auf die Geschichte der europäischen Chemieproduktion kaum als glaubwürdig verkaufen. Bislang regeln in der EU mehr als 40 verschiedene Richtlinien und Verordnungen den Umgang mit Chemikalien. Grundsätzlich wird zwischen neuen Substanzen und "Altstoffen" unterschieden. Dabei verfügen Altstoffe, das heißt solche, die vor 1981 auf den Markt kamen, erstaunlicherweise über eine Art Freibrief: Sie bedürfen keinerlei Anmeldung oder Prüfung. Dies habe dazu geführt, so die EU-Kommission, dass ungeprüfte Altstoffe weiterhin verwendet

und Forschung, Entwicklung und Innovation behindert wurden. Der Beweis: Seit 1981 sind nur etwa 3.000 neue Chemikalien auf den Markt gekommen. Zu der Zeit standen jedoch bereits immerhin 100.106 Stoffe zur Auswahl. Der Innovationsdrang der Industrie hielt sich demnach auch ohne Reach-Verordnung ziemlich in Grenzen.

Auch bei jenen Vorschlägen der Kommission, welche zu weniger Bürokratie führen sollen, stellt sich die Wirtschaft bislang stur. Und kann dabei immer wieder auf die Unterstützung des Ministerrats zählen. Im November vergangenen Jahres untersuchte der Industrierrat die "Eine Substanz - eine Registrierung"-Regelung. Diese sieht vor, dass Unternehmen sich die Kosten für die Registrierung einer neuen Substanz teilen können. Zwar waren sich die Minister grundsätzlich einig, dass es im Rahmen von Reach einer solchen Regelung bedarf. Allerdings scheinen sich manche von ihnen in der Praxis

die Lastenteilung von Unternehmen, die in Konkurrenz zueinander stehen, nicht vorstellen zu können: "Die Haltungen der Mitgliedstaaten gingen bei der Frage um den obligatorischen Austausch von Testdaten, die nicht aus Tierversuchen gewonnen wurden, weit auseinander", schlussfolgert die niederländische Ratspräsidentschaft in ihrer Erklärung vom 25. November 2004.

Zuvor hatten sich bereits die drei Großen der EU, Frankreich, Deutschland und Großbritannien, mit den Unternehmensvertretungen zusammengesetzt und das Regelwerk als "zu bürokratisch und zu aufwendig" verurteilt. In ihrem Brief an die Kommission legten Schröder, Chirac und Blair im September 2003 den Schwerpunkt auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen. Man wäre dankbar, so die drei Staatschefs, wenn die Kommission "diese Anregungen aufgreifen und dazu beitragen könnte, die vorgesehene Neuregelung des Chemikalienregimes zu einem erfolgreichen Beispielfall unserer gemeinsamen Anstrengungen zur Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit der EU zu machen."

## Studienstreit um Kosten

Die Kommission ihrerseits ist überzeugt davon, einen Vorschlag vorgelegt zu haben, "der für die Betroffenen keine unzumutbaren Kosten verursacht". Doch genau dieser Punkt wird von den verschiedenen Seiten sehr unterschiedlich eingeschätzt. Während die Kommission mit Zusatzkosten von 2,3 Milliarden Euro über elf Jahre rechnet, spricht die Industrie von bis zu 20 Milliarden Euro.

Ganz anders die Prognose der NGO. Sie legten Studien vor, in denen die Kosten für die Industrie mit den Einsparungen im Gesundheitswesen und im Umweltschutz durch die geringeren negativen Einflüsse verglichen werden. Deshalb ziehen sie unterm Strich eine positive Bilanz. Eine Studie des WWF schätzt den finanziellen Gewinn über 30 Jahre hinweg auf etwa 283 Milliarden Euro.

EEB und Greenpeace werfen der Industrie vor, sie habe tendenziöse Studien vorgelegt. Man habe keinen Grund, sich von diesen Studien zu distanzieren, konterte die Sprecherin des Europäischen Rats der Chemieindustrie, Annemaria Ojanperä. Sie seien von unabhängigen Beratern erstellt worden und basierten auf einer gültigen Methode.

Am 13. Oktober 2004 veröffentlichte nun der Nordische Ministerrat eine Studie, die US-Forscher der Boston Tufts University in ihrem Namen erstellt hatten. Sie kommen zu dem Schluss, dass die jährlichen Kosten für die Industrie bei 0,06 Prozent ihres Gewinns lägen. Es sei unwahrscheinlich, schlussfolgern die Wissenschaftler, dass Kosten in dieser Höhe der europäischen Wirtschaft Schaden zufügen werden. "Das Szenario, das Arthur D. Little für die Deutsche Chemie-Industrie gezeichnet habe, basiere auf "unplausiblen Resultaten, vie-

## Chemie-Industrie contra Reach

Europäische Unternehmen produzieren 31 Prozent der Chemikalien auf dem Weltmarkt, das sind drei Prozent mehr als die USA. Sie beschäftigen 1,7 Millionen Menschen. Diese Zahl sowie die weiteren drei Millionen Jobs, die von der Branche abhängen, bringen die Konzerne gerne ins Gespräch, wenn sie ihre Kritik am Reformvorschlag der Kommission zur aktuellen Gesetzgebung für chemische Substanzen äußern. Reach sei zu bürokratisch und führe dazu, dass die europäischen Unternehmen im internationalen Konkurrenzkampf geschwächt werden. Um dies zu untermauern, gab man zahlreiche Studien in Auftrag. Zum einen kursiert die französische Expertise des Mercer Management Consulting, sowie der vom deutschen Bund der Industrie bei der Arthur D. Little GmbH in Auftrag gegebene Bericht. Beide schätzen die Kosten für die Chemieindustrie weitaus höher ein als die Kommission.

## Reach - das bahnbrechende Gesetz aus Brüssel

Reach (Registration, Evaluation, Autorisation of Chemicals) sieht vor, dass alle Substanzen, von denen pro Jahr mehr als eine Tonne produziert oder importiert werden, in einer zentralen Datenbank registriert werden. Eine Genehmigung ist zudem erforderlich für hochproblematische Substanzen, etwa solche, die toxisch sind oder sich im Gewebe anreichern können. Diese dürfen nur dann genehmigt werden, wenn die Risiken in angemessener Form kontrolliert werden können und es keine technologischen Alternativen gibt. Tierversuche sollen auf ein Minimum reduziert werden.

Eine europäische Chemie-Agentur soll die Daten verwalten und ebenfalls für Bewertungen und Genehmigungen zuständig sein. Auf dem EU-Gipfel in Brüssel am 12. Dezember wurde beschlossen, dass diese Agentur ihren Sitz in Finnland haben wird.

len Irrtümern und Übertreibungen". Reach werde im Gegenteil die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Unternehmen verbessern, weil sie die ersten sein werden, die sich in Richtung sauberer und sicherer Produktion bewegen.

Um dem Streit um die realistischere Studie ein Ende zu bereiten, organisierte die niederländische Präsidentschaft Ende Oktober einen Workshop und ließ zuvor 36 Untersuchungen zu REACH auswerten. "Wir brauchen unsere Industrie. Eine wettbewerbsfähige Industrie. Eine innovative Industrie. Eine Industrie, die nicht überfrachtet wird mit Verwaltungsaufgaben und hohen Kosten", gab die niederländische Wirtschaftsministerin Karien van Gennip den Teilnehmern anfangs mit auf den Weg. Diese Industrie sollte zur gleichen Zeit einen Schritt weiter sein in Sachen

Registrierung chemischer Substanzen und Umwelt-Innovationen. "Einen Schritt also, aber nicht zehn", so van Gennip, die damit die Stoßrichtung des Workshops bereits vorwegnahm. Der Workshop stelle die Reduzierung der Kosten von Reach in den Vordergrund, anstatt zu zeigen, wie seine Gewinne für die Gesellschaft verbessert werden können, kritisierte das EEB.

Dennoch liegt auch das Fazit des niederländischen Vorsitzes weit vom Horrarszenario der Industrie entfernt: Reach würde die 25 Mitgliedstaaten demnach vier Milliarden Euro kosten. Andererseits würde die Chemieindustrie durch die besseren gesundheitlichen Arbeitsbedingungen der betroffenen Angestellten zwischen 18 und 54 Milliarden Euro über die nächsten 30 Jahre hinweg einsparen. Die positiven Folgen für die gesamte Gesellschaft



Jetzt sind sie dran: Wirtschaftsminister Jeannot Krecké und Umweltminister Lucien Lux auf dem Reach-Hearing am vergangenen Mittwoch. (Foto: www.eu2005.lu)

werden in den einzelnen Analysen sehr unterschiedlich eingeschätzt. Die Spannweite reicht von zehn bis 200 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020.

### Ball im Parlament

"Die übertriebenen Aussagen der Industrie über die Kosten der Reform haben bereits dazu geführt, dass Reach entschieden abgeschwächt wurde", bedauert Karl Wagner, Leiter der 'Detox'-Kampagne von WWF und appelliert an Rat und Parlament, den Gesetzesvorschlag wieder zu verschärfen.

Doch auch in Straßburg gibt es momentan keine Anzeichen für eine Offensive. Im Gegenteil: "In den ersten Monaten nach der Wahl drängten die Konservativen darauf, die Kommission möge ihren Gesetzesvorschlag zurückziehen und einen neuen vorlegen", sagt Claude Turmes.

Dies wurde bislang durch eine Opposition von Grünen und Sozialdemokraten in den Parlamentsgremien verhindert.

Doch die Lobbyarbeit geht weiter. Sie bekomme zahlreiche Einladungen der Industrie, sagt Lena Ek, Berichterstatterin des Parlaments über Chemikalien. Wenn sie gewollt hätte, so die schwedische Liberale, hätte sie ihre "ganze Zeit mit Reisen und Besichtigungen von Unternehmen, die zufällig in der Nähe von touristischen Attraktionen liegen, verbringen können". Pro Woche gehen bei Lena Ek 15 bis 20 Terminanfragen ein, rund 60 Prozent davon stammen von der Industrie, der Rest geht auf das Konto der Konsumenten- und Umweltschutzlobby.

Man wolle das Thema nun verstärkt auf nationalem Niveau in die Diskussion bringen, so Turmes. Damit würde, so hofft der Grüne, der Druck

der Industrie nicht alleine auf den EU-Abgeordneten lasten und auch die BürgerInnen würden zu Wort kommen.

"Wir werden am 10. und 11. Mai einen Workshop organisieren", kündigte vergangenen Mittwoch der luxemburger Wirtschaftsminister und amtierender Ratspräsident der EU, Jeannot Krecké anlässlich eines Hearings im Europaparlament an. Die kommenden sechs Monate werde man nutzen, um eine intensive Diskussion zu führen, fügte Umweltminister Lucien Lux hinzu. Auch der neue EU-Umweltkommissar Stavros Dimas meldete sich zu Wort: "Ziel ist es, dass Chemikalien nur eine Zukunft haben, wenn sie aus Umweltsicht auch nachhaltig sind." Sehr deutlich war auf dem Treffen die Stoßrichtung des neuen Industrie-Kommissars Günther Verheugen. Der SPD-Mann folgt der Richtung 'seines' Bundeskanz-

lers Gerhard Schröder und betont vor allem den Kostenfaktor. Von Seiten der Industrie gab es auch andere Stimmen. Firmen wie H&M oder Electrolux sprachen sich für eine strengere Gesetzgebung für Chemikalien aus. Reach sei ein "wichtiges Instrument, um sichere und umweltfreundliche Produkte zu produzieren", so ein Sprecher von Electrolux. Argumente, die ausnahmsweise von der NGO-Seite geteilt werden. Der Teufel steckt jedoch im Detail der ausgehandelten Paragraphen der neuen Richtlinie. Und das Parlament in Straßburg dürfte in den kommenden Monaten die Lobbyarbeit von beiden Seiten verstärkt zu spüren bekommen.

Daniële Weber



Glückliche Angestellte beim Chemiegiganten Dupont de Nemours - Reach würde auch den Umgang mit Chemikalien am Arbeitsplatz neu regeln. (Foto: Dupont)

## Umweltschutzlobby steht hinter Reach

Im Allgemeinen begrüßen die Umwelt- und Konsumentenschutz-Organisationen die Reach-Verordnung. Laut Europäischem Umweltbüro zeigt sie jedoch einige eklatante Lücken. Insbesondere moniert der Dachverband der Europäischen Umweltschutzorganisationen, dass auch hochproblematische Substanzen unter dem neuen Gesetz zugelassen werden können, wenn Unternehmen oder Nutzer eine "adequate Kontrolle" mittels einer Risikobewertung nachweisen können. Da sich jedoch sogar niedrigste Konzentrationen von solchen Substanzen im menschlichen Körper oder der Natur anreichern könnten, sei eine 'adequate' Kontrolle gar nicht möglich. Vielmehr müsse angestrebt werden, gänzlich auf diese Substanzen zu verzichten.

Konsumenten- und Umweltschutzorganisationen werfen der Kommission vor, sie gebe sich dem Druck der starken Lobbyarbeit von Industrie und den USA zu sehr hin. Der aktuell vorliegende Gesetzestext sei bereits mehrfach abgeschwächt worden, beklagt etwa der "Transatlantic Consumer Dialogue" - zum Beispiel habe der vorherige Gesetzestext die Angabe der Daten von chemischen Substanzen auf bestimmten Produkten verlangt - nun müssten die Produzenten diese nur dann angeben, wenn die Substanzen möglicherweise aus dem Produkt freigesetzt werden.